

Universitäts- und Landesbibliothek Bonn

1. Forschungsinstitute

Constituierendes bis 1 Okt. 1911

[Protokoll der] Sitzung (...) über Forschungsinstitute und Hebung der
Lehrgänge und Lehrmittel der geisteswissenschaftlichen Institute

Lamprecht, Karl

Leipzig, 12. Juli 1911

urn:nbn:de:hbz:5:1-151670

Sitzung von Seiner Magnificenz dem derzeitigen Rector eingeladenen Ordinarien und Professoren zur Besprechung über Forschungsinstitute und Hebung der Lehrkräfte und Lehrmittel der geisteswissenschaftlichen Institute:

Gegenwärtig:

1. S. Magnificenz Herr Geheimer Hofrat Professor D. R. L a m p r e c h t, Rector
2. Herrn Dr. Binding
3. " " Wundt
4. " " Leskien
5. " " Lipsius
6. " " Windisch
7. " " Brugmann
8. " " Birch-Hirschfeld
9. " " Sievers
10. " " Heinrici, später erscheinend
11. " " Bücher
12. " " Volkelt
13. " " Seeliger
14. " " Studniczka
15. " " Kittel
16. " " Köster
17. " " Mitteis
18. " " Aug. Fischer
19. " " Zimmern
20. " " Brandenburg
21. " " Steindorff
22. " " Partsch
23. " " Wilken
24. " " Bethe
25. " " Heinze
26. " " Schmid
27. " " Förster
28. " " Weule, Extraordinarius.

Der Einladung haben nicht Folge geleistet: die Herren Dr. es Wach, Strohal, Jaeger, Stieda, Schmarsow.



Nach Eröffnung der Sitzung durch Seine Magnifizenz teilt er das Prinzip mit, nach welchem er die Einladungen zur heutigen Sitzung habe ergehen lassen. Er habe zunächst die Herren geladen, die die Eingabe gegen die Forschungsinstitute an das Ministerium gerichtet hätten., sodann die als künftige Leiter von Instituten in Betracht kommenden Herren, weiter als einzigen Extraordinarius Herrn Dr. W e u l e , der für das völkerkundliche Institut in Aussicht genommen sei, weiter von der theologischen Facultät die für das religionsgeschichtliche Institut in Frage kommenden Herren und weiter von der juristischen Facultät die Herren, die dem Senate angehörten.

Se. Magnifizenz bemerkt noch, er werde im Laufe des heutigen Abends für Forschungsinstitute den Ausdruck „institute“ und für die übrigen Institute den Ausdruck „Seminare“ gebrauchen.

Hierauf schildert er zur Einführung die bisherige Geschichte des Gedankens dankens von Instituten an der Universität Leipzig.

Der Gedanke sei wohl zuerst bei Seiner Majestät dem König und zwar im November vorigen Jahres aufgetaucht. Nachdem er dann die Zustimmung des Ministeriums gefunden, sei er - aber infolge der längeren Beurlaubung des Geheimen Rats Schmalz erst ziemlich spät - an den Senat gelangt. Er habe die betreffende Verordnung an die einzelnen Facultäten ausser der medicinischen geleitet und auch deren Zustimmung erreicht. Der Senat habe sodann 5 Institute dem Ministerium zur Annahme empfohlen, nämlich für Psychologie, Völkerkunde, Universalgeschichte, Sprachforschung und Religionsgeschichte. Weiter seien für später Institute für Rechtsgeschichte, Wirtschaftsgeschichte und Staatswissenschaft in Aussicht genommen worden. Dem hierüber erstatteten Berichte an das Ministerium habe sich das Separatvotum des Herrn Dr. Lipsius, Dr. Flechsig, Dr. Brieger und Dr. Seeliger beigesellt. Später sei die Eingabe der 16 Ordinarien der philosophischen Facultät an das Ministerium gefolgt. Diese Eingabe enthalte einen negativen und einen positiven Teil



3.

In negativer Hinsicht verwerfe sie schlechthin den Plan der Institute. Positiv wolle sie die aus Staatsmitteln geforderte Summe verwendet wissen

1. zur Förderung der Seminarien,
2. für von der Gesellschaft der Wissenschaften zu befördernde Forschungszwecke.

Er sei daraufhin vom Ministerium dazu aufgefordert worden, sich über die Eingabe zu äussern. Er habe dies getan und erklärt, er könne sich nur freuen, dass auch für Seminarien etwas geschehen solle. Der hierfür von der Eingabe aufgestellte Gedanke, sei von ihm schon im Dezember 1909, damals aber vergebens, den Kollegen, darunter zahlreichen Unterzeichnern der Eingabe, vorgetragen worden. Den negativen Teil der Eingabe habe er, wie das in der Natur der Dinge liegt, verworfen. Was die Gesellschaft der Wissenschaften anlag, so habe er schon früher nicht unversucht gelassen, hier das Nötige zu erreichen. (Veranlassung einer Millionenstiftung). Doch habe sich jetzt herausgestellt, dass das Ministerium nach dieser Seite keine Absichten habe. Er habe sich selbst bei diesem Punkte verhältnismässig früh beruhigt, da er sich sage, dass, wenn erst nach den beiden anderen Seiten hin das Nötige getan sei, dann die Prämissen gegeben seien, die die Regierung zwingen, die Gesellschaft der Wissenschaften anders zu bedenken. Nebenher sei es ja auch wohl möglich, für die Gesellschaft der Wissenschaften im Wege privater Stiftungen zu sorgen.

Als resultat seiner Besprechungen mit dem Ministerium könne er wohl die Bereitschaft desselben anführen; für die Zwecke von Instituten und Seminarien eine grosse, zunächst nicht bezifferte Summe einzustellen. Zunächst habe es allerdings eine allgemeine Summe für Forschungszwecke überhaupt zugesagt, aber die Angelegenheit könne bei den Ständen, nur zum Siege gelangen, wenn sie in detaillierter Form vorgetragen werde.

Es werde sich nun empfehlen, zunächst einmal unter Streifung der Frage

Organisation der Seminarien festzustellen,

4.

der Organisation der Seminarien festzustellen, welche Mittel für diese überhaupt zur Verfügung ständen. Sehr gern würde das Ministerium sehen, wenn ein Teil der für diese notwendigen Mittel, aus den Eintrittsgeldern der Seminarien genommen würde. ~~Vr~~ Es sei der Ueberzeugung, dass diese sehr ungleich seien und an manchen Stellen erhöht werden könnten. Hinsichtlich der Organisation der Seminarien halte er drei Punkte für der Erwägung wert: 1. Es gelte die vielfach zu hohe Frequenz in den Seminarien, die nur unproductive Zustände schaffe, herabzusetzen. Ferner müsse man zu mindern suchen, dass die Studierenden zu viel Uebungen hörten. In diesen beiden Fällen werde die finanzielle Ausstattung der Seminare bei Beseitigung der Uebelstände ein anderes Gesicht bekommen.

2. Da die Zahl der Dozenten zu gering sei, müsse hier für Vervielfachung der Remunerationen gesorgt werden.

3. Wo es nötig sei, müsse eine Verstärkung der Lehrmittel eintreten.

Se. Magnifizenz eröffnet hierauf die Diskussion. Herr Dr. Lipsius bittet, die auf die von ihm mitunterschiedene Eingabe der 16 Herren erlassenen Ministerialverordnung zu verlesen.

Se. Magnifizenz trägt hierzu Bedenken, es sei denn, dass die in der Versammlung vorhandenen Senatoren ihn ...?... würden, findet sich aber auf den Einwand des Herrn Sievers, Abschrift der Verordnung sei auch an die Herren der Eingabe ergangen, zur Verlesung bereit.

Er verliest die Ministerialverordnung vom 29. Juni 1911 und bemerkt hierzu, Herr Geheimerat Schmädtz habe seine Absicht, eine Verständigung zwischen den sich gegenüberstehenden Anschauungen herbeizuführen, durchaus begrüsst.

Herr Dr. Binding führt zur Geschäftsordnung Folgendes aus:

Er würde an der heutigen Debatte nur teilnehmen können, wenn diese Materialien zur Aufklärung der Sache in einer künftigen Senatssitzung liefern könnte, da die



5.

Versammlung andernfalls in die Kompetenz des Senats eingreife.

Se. Magnifizenz bemerkt hierzu, dass er sich als Ziel der heutigen Versammlung die Einsetzung einer Commission zur Festsetzung der finanziellen Verhältnisse gedacht habe.

Herr Dr. Brugmann hofft, die Versammlung werde eine Verständigung zwischen den künftigen Leitern der Forschungsinstituten und den 16 Herren der Eingabe herbeiführen oder wenigstens von beiden Seiten Erklärungen über ihre Stellungnahme bringen. In der Erwartung solcher Aussprache sei er eigentlich nur gekommen. Er hält die Kenntnis der Denkschrift der künftigen Leiter von Forschungsinstituten für die beste Grundlage der Verständigung und bittet Se. Magnifizenz, diese zu verlesen. Er glaube, mit den darin geäußerten neuen Standpunkte würde sich die grössere Zahl der Unterzeichner der Eingabe einverstanden erklären.

Se. Magnifizenz berichtet hierauf zunächst über die Genesis der Denkschrift folgendes: Er habe anfangs, wohl im Gefühl, dass grösste Eile Not tue, eine Denkschrift nur für sich persönlich diktiert und nach Dresden gesandt. Nachher habe er, als er gewahr geworden, dass die Sache doch nicht so eile, die Denkschrift den künftigen Leitern der Institute vorgelegt. Sie stelle sich nunmehr dar als ein Schriftstück, das manche Korrektur seiner Denkschrift und Zusätze von Herrn Dr. Weule und den Herren Dr.^{es} Leskien, Brugmann, Windisch, Sievers und Förster als den für das Institut für Sprachforschung in Aussicht genommenen künftigen Leitern enthalte.

Er verliest nunmehr die Denkschrift mit den Zusätzen.

Herr Dr. Brandenburg erhält das Wort zu folgenden Ausführungen: Er sehe die Ministerialverordnung wesentlich anders an als Se. Magnifizenz. Seiner Meinung nach sei das Ministerium bedenklich geworden, ob es Mittel für Forschungsinstitute einstellen soll. Wenn die heutige Besprechung einen Zweck haben solle, so müsse in erster Linie darüber gesprochen werden, ob Forschungsinstitute überhaupt ins



Leben treten sollten. Die Bedenken, die er gegen diese habe,, seien durch die eben verlesene Denkschrift in keiner Weise erschüttert,vielmehr verstärkt und vermehrt worden. Was diese Forschungsinstitute eigentlich seien und was sie leisten sollen, erkläre man mit keinem Wort, das sei vollständig unklar. In der Unteestützung der Forschungsiostitute erblicke er eine vollkommen einseitige Richtung. Er wüsse sich dagegen ausdrücklich verwehren, wenn diese den grössten Teil der Staatsmittel, die übrigen Institute aber nur wenig erhalten sollten. Er sei der Meinung, dass man heute und auch später keinen Beschluss ohne Unterlagen fassen könne. Wenn die Entscheidung hierüber letzten Endes auch dem Senat zustehe, so könne doch wohl jetzt schon ~~ein~~ aus ihrer Mitte eine Kommission zur Fassung vorbereitender Beschlüsse gewählt werden. Der Senat werde sicher hiermit einverstanden sein. Sei die Beschreitung dieses Weges bedenklich, so möge erst der Senat gefragt werden. Für die zu wählende Kommission denke er sich folgende Direktiven als beachtenswert.

Sie müsse zunächst über die Bedürfnisse der Einzelnen Institute und Seminare Erhebungen anstellen. Diese müssten ihr angeben, nach welcher Richtung sie des Ausbaues bedürften. Die Kommission müsse einen Plan aufstellen, inwiefern diesen Bedürfnissen, durch die in den Etat einzustellenden Mittel genügt werden könne.

Eine weitere Frage sei die Verwendung von Mitteln für für Forschungszwecke. Die geeignete, zur Verfügung über solche Mittel allein berechnete Instanz sei weeder eine Reihe von Instituten, noch eine bestehende Behörde, sondern allein die Gesellschaft der Wissenschaften. Diese müsse mit Mittel ausgestattet werden, um Forschungen in ausgedehnter Masse unterstützen zu können. Das sei auch die Aufgabe anderer Akademien. Die jetzt erhobenen Forderungen bezögen sich aber nur auf die Erweiterung des Insti-



7.

tutswesens. Er glaube, es sei noch abzuwarten, ob das Ministerium nicht auf die Heranziehung der Gesellschaft der Wissenschaften zu ausgedehnten Forschungszwecken eingehen werde. Die Kommission sollte auch hier einen Plan entwerfen.

Endlich würde noch die Kommission zu beauftragen sein, sich Klarheit über die Höhe und die Bedingungen der von Privatleuten gemachten Stiftungen zu verschaffen. Sie würde auch vielleicht mit den Stiftern verhandeln können, ob sie ihre Bedingungen unter allen Umständen aufrecht erhielten oder auch auf andere Zwecke eingingen.

Er beantrage : eine solche Kommission mit den geschilderten Aufgaben zu wählen, oder, falls hiergegen Bedenken bestünden, den Senat zu bitten, eine neue Versammlung einzuberufen mit der Befugnis, eine solche Kommission zu wählen.

Für diese Versammlung würden vielleicht auch noch die Kirchengeschichtlichen Seminare mit den Herren Dr. ^{ess} Hauck und Briege in Betracht kommen.

Herr Dr. Mitteis hat aus der bisherigen Debatte den Eindruck gewonnen, als wenn die ins Uferlose gehen würde, wenn sie sich in Details verliere. Der Hauptpunkt sei aber, Klarheit zu schaffen, über die Stellungnahme der 16 Unterzeichner der Eingabe zu den Forschungsinstituten. Er habe ja den Widerspruch dieser Herren gegen diese Institute wahrgenommen, doch glaube er, es sei erforderlich, die beiden widerstreitenden Parteien zu versöhnen zu suchen. Er beantrage, zu diesem Zwecke eine Kommission gemischter Natur einzusetzen, bestehend etwa aus drei Senatoren, welche für die Forschungsinstitute gestimmt **hätten**, drei Vertretern der Gesellschaft der Wissenschaften und drei Vertretern der Unterzeichner der Eingabe.

Herr D r. Wundt schlägt vor, auch drei Vertreter der künftigen Leiter



tigen Leiter der Institute in die Kommission zu wählen.

Herr Dr. Binding will die Raumfrage zunächst ganz zurückgestellt wissen. Was die Sache selbst anlange, so wolle er sich nicht der Einsetzung einer Kommission widersetzen. Indessen sei er hinsichtlich des Ausganges sehr pessimistisch.

Ihm scheine die Situation verkannt zu werden. Die Mittel aus privaten Kreisen seien für bestimmte Forschungsinstitute festgelegt. Es handle sich nun bloss darum, ob diese Forschungsinstitute, deren Bestehen durch die Privatstiftungen gesichert sei, mit der Universität in Verbindung gebracht werden und die Mittel, deren Einstellung der Senat verlangt habe, auch diesen Forschungsinstituten zu gute kommen sollten. Er glaube, dass man an der Verbindung der gewiss notwendigen Forschungsinstitute mit der Universität festhalten solle. Sie würden gewiss Grosses leisten. Andererseits begreife er auch die Forderungen, die die übrigen Seminare für ihre Bedürfnisse angemeldet hätten, vollständig. Man müsse sehen, dass die verlangten Staatsmittel für diese Bedürfnisse und für die der Forschungsinstitute gleichmässig verwendet würden. Das wäre ein Ausgleich beider Meinungen und könne die Einsetzung einer Kommission entbehrlich machen.

Herr Dr. Brandenburg hält es nicht für aussichtslos, wenn man mit den Stiftern verhandle. Ihre Absicht sei gewesen, die freie Forschung zu bedenken, aber in welcher Weise das am besten erreicht werden könne, darüber müsse doch mit den Herren verhandelt werden können. Die privaten Mittel reichten auch nicht für ein Forschungsinstitut aus. Er sehe nicht ein, warum die vorgesehenen Forschungszwecke nicht der Gesellschaft der Wissenschaften übertragen werden könnten. Die Institute leisteten doch bei solchen Forschungen das Wenigste. Das Wesentliche seien die Mittel



und die Personen. Er sei prinzipiell gegen die Errichtung der Forschungsinstitute und halte eine Kommission, die die beiden Gruppen versöhnen solle, für zwecklos, während die von ihm vorgeschlagene Kommission allerdings einen Zweck habe.

Seine Magnifizenz protestiert im Namen der Schenkgeber gegen die Auffassung, als ob diese nicht gewusst hätten, wofür sie ihre Schenkung machten, und eben den Gedanken, mit ihnen in Verhandlungen zu treten.

Herr Dr. Brugmann meint, die Räumlichkeitsfrage mache die Gegner der Forschungsinstitute hauptsächlich bedenklich. Mit 5000 Mk. aus privaten Mitteln für jedes Forschungsinstitut lasse sich diese aber so lösen, dass directe Institutinteressen gar nicht berührt würden.

Herr Dr. Mitteis zieht seinen Antrag auf Einsetzung einer Verständigungskommission zurück, da er auf eine Einigung der so schroff gegenüberstehenden Ansichten nicht mehr rechnet. Er schlägt nunmehr vor, die Entscheidung dem Senat zu überlassen.

Herr Dr. Binding ist der Ueberzeugung, dass die Universität durch die Errichtung von Forschungsinstituten einmal in sich selbst und dann gegenüber den anderen Universitäten bedeutend gewinnen könne. Sie werde dadurch standkräftiger und leistungsfähiger. Sodann weise er noch auf einen Punkt hin. Es verstehe sich von selbst, dass man Unterstützung aus privaten Kreisen nur für Forschungsinstitute bekomme. Nur für grosse wissenschaftliche Aufgaben könne man unsere reichen Mitbürger interessieren. Es sei bedenklich, wenn man dieses Interesse nicht wach erhalten wolle. Man schade damit nicht allein der eigenen Sache, sondern auch die grosse Bewegung, die Bürger für wissenschaftliche Aufgaben heranzuziehen.

Herr Dr. Steindorff führt folgendes aus: Die grosse wissenschaftliche Aufgabe auf dem Forschungsgebiete leugne unter den Herren seiner



Partei keiner. Nur zweifle sie daran, dass zur Erfüllung dieser Aufgaben Forschungsinstitute in dem vorgeschlagenen Sinne notwendig seien. Hierzu sei am geeignetsten vielmehr ein grosses schon bestehendes Institut, nämlich die Gesellschaft der Wissenschaften, wie z.B. die Deutsche Kommission in Berlin schon längst ein solches geisteswissenschaftliches Forschungsinstitut sei. Die geplanten Forschungsinstitute seien einseitig befürwortet worden.

Seine Magnifizenz wendet sich gegen diesen Vorwurf der einseitigkeit. Die Forschungsinstitute sollten ja fortgeführt werden. An irgend einer Stelle müsse zunächst einmal angefangen werden. Er habe das gute Gewissen, dass er bei seinen Verfahren an alle denke.

Herr Dr. Fischer will zunächst einmal erfahren, was geschenkt und welche schriftlichen Abmachungen getroffen seien. Erst die Kenntnis hiervon biete die Basis zu Verhandlungen. Man könne nur dann zu einer Einigung kommen, wenn an allen Instituten Forschungsabteilungen angeschlossen würden., und die, denen die privaten Donationen Zufielen, nichts von den staatlichen Mitteln bekämen. Die jetzige Auswahl der Forschungsinstitute sei ganz willkürlich.

Seine Magnifizenz bittet, die Schwierigkeiten nicht zu unterschätzen, die es ihm gekostet habe, die Sache so weit zu bringen. Der Gedanke sei bei ihm nicht so ohne weiteres klar gewesen. Er habe sich nur allmählich fortarbeiten können. Auch habe er fortwährend auf die finanzielle Seite Rücksicht nehmen müssen. Jeder Schenkgeber oder sonst in Frage kommenden Geldmann habe er eingehende Auskunft geben müssen. Ueber manche Summe habe er nur rüddliche Unterredung gepflogen. Die Fälle seien aber sehr verschieden. Wenn man in eine Universität hineinbaue, so sei es nicht anders möglich, als dass man das eine oder dass andere Interesse in den Hintergrund gedrückt sehe.

Herr Dr. Sievers bemerkt zur Geschäftsordnung, es komme heute darauf an, Directiven für den Senat zu finden. Man solle sein Augenmerk



darauf richten, dem Senat die Angelegenheit durch möglichste Verständigung der heutigen Versammlung zu erleichtern.

Herr Dr. Bücher äussert sich, wie folgt: Er habe der Bewegung, Forschungsinstitute zu errichten, von vornherein skeptisch gegenüber gestanden. Es wolle ihm nicht gefallen, dass sie so aufgepäuselt gewesen seien. Er könne sich auch nicht mit dem Verfahren einverstanden erklären. Man sammle Gelder, berichte dies dem Ministerium und verlange nun von ihm, es solle zu dem gleichen Zweck, für den die Stiftungen gemacht seien, Mittel von Staatswegen bewilligen. Man habe jedenfalls das Recht, die Bedingungen der Privatstiftungen mitgeteilt zu verlangen. Er erkenne die Forderungen Brandenburgs als in dieser Richtung für berechtigt an und meinte, man solle auch sonst den Antrag Brandenburgs annehmen.

Herr Dr. Studniczka erhebt keine Einwendungen gegen die Forschungsinstitute als solche. Er will nur nichts von der Belastung akademischer Lehranstalten mit solchen Annexen wissen. Er habe in dieser Beziehung praktische Erfahrungen hinter sich. Das archäologische Institut in Wien habe die Lehranstalt geradezu erdrückt. Erst die Trennung beider habe wieder gedeihliche Verhältnisse ergeben. Er glaube, die Beschlussfassung über eine so wichtige Angelegenheit könne nur unter Beteiligung aller Institutsdirectoren und nicht in einem kleinen Komitee stattfinden. Man soll **ernstlich** versuchen, sich zu einigen.

Herr Dr. Heinze hält seinen Widerspruch gegen die Forschungsinstitute aufrecht. Als Gründe führt er an: 1. er halte die Auswahl der Institute und ihre geplante Organisation nicht für der Sache angemessen, weil sie die Interessen der Allgemeinheit unberücksichtigt lasse,

2. er halte es nicht für richtig, dass ein so grosses Institut wie das Universalgeschichtliche begründet werde, da dessen Leitung sich kaum ein anderer als Seine Magnificenz getrauen werde.

Am geeignetsten sei eine Genossenschaft, sie sei von keinem



Wechsel der Person abhängt. Für die Behauptung, das Ministerium wolle von der Gesellschaft der Wissenschaften nichts wissen, vermisste er jeden Beweis, da er sich mit den Eindrücken seiner Magnifizenz hier nicht begnügen könne. Im übrigen unterstütze er den Antrag Brandenburgs.

Herr Dr. Seeliger stimmt den Ausführungen des Herrn Dr. Bücher zu und will auf bestimmte Vorschläge nicht eingehen. Da seines Erachtens die vorgelesene Ministerialverfügung die ganze Frage zu einer allgemeinen der Universität erhoben habe, so sei es für ihn und seine Parteigänger das Recht und auch die Pflicht, ihre Sache weiter zu vertreten. Es handle sich um keinen Handel, er wolle für sein Institut gar nichts haben. Er opponiere nur gegen die einseitige Auswahl der Institute. Er beantrage eine Kommission nach dem Vorbilde des Herrn Dr. Brandenburg mit der Massgabe, dass diese ihre Erörterungen, da sie nur vorbereitender Natur sein sollte, dem Plenum der Institutsdirectoren vorlegen und diesen Bericht erstatten sollte.

Herr Dr. Lipsius hebt zunächst hervor, dass die Unterschriften unter der Eingabe nach der? erfolgt seien, und er daher oben an stehe. Sodann bemerkt er folgendes: Er müsse den aufgestellten Gegensatz zwischen Instituten und Seminaren als ungerecht bezeichnen. Die Institute der Unterzeichner der Eingabe hätten durchaus nicht bloss die Aufgabe, junge Leute für ein bestimmtes Ziel auszubilden. Auch ihre Institute seien der reinen Wissenschaft geweiht und daher Forschungsinstitute wie alle. Es sei ihr höchstes Interesse, dass Forschungen auf den Gebieten der reinen Wissenschaft gepflegt würden. Nun sei die Frage, ob die geplanten Forschungsabteilungen die richtige Instanz seien, solche Forschungen zu pflegen. Er glaube, dass eine Vorbereitung in engeren Kreisen das einzige Mittel sei, um vielleicht zu einem Ziele zu gelangen. Nur empfehle er eine kleinere Kommission als die vorgeschlagene, etwa eine solche von 6 Mitgliedern. Da sie ja nur vorbereitend



tätig sein werde. , müsse die Beschlussfassung entweder dem Senat oder der Allgemeinheit vorbehalten werden.

Herr Dr. Heinrici glaubt, dass Verhandlungen zwischen den Parteien allmählich zu einem guten, positiven Ziele kommen werden. Die theologische Facultät habe die Darbietung eines religionsgeschichtlichen Institutes mit Dank entgegengenommen. Gerade auf diesem Gebiete müsse tüchtig gearbeitet werden. Er erblicke eine gewisse Schwierigkeit in den privaten Stiftungen. Man wolle sie einerseits nicht zurückweisen, andernseits wolle man sich durch sie nicht regulieren lassen.

Herr Dr. Sievers will zunächst die Bedürfnisse des Institutes als solcher und sodann die Verwendung der Staatsmittel festgestellt wissen. Ueber die Stiftungsmittel sei nicht zu debattieren. Er erblicke darin eine Einseitigkeit, dass die Stiftungsmittel an bestimmte Forschungsgebiete dauernd gebunden werden sollten. Es hänge von allgemeinen Strömungen ab, welche wissenschaftlichen Richtungen bevorzugt werden ~~sollen~~////// würden. Deshalb halte er es für das Richtige, wenn die gesamten Gelder einem separaten Institute überwiesen würden, das es in der Hand habe, je nach dem Bedürfnisse und nach dem damit zusammenhängenden Arbeitsmaterial die Forschungen zu betreiben. Freilich könne man jetzt nur noch über die Staatsmittel debattieren.

Herr Dr. Windisch beantragt, da eine Kommission der Befugnis des Senates vorgreife, und die heutige Debatte ergebnislos verlaufen müsse, Schluss derselben und Beauftragung der anwesenden Senatsmitglieder, über die Stimmung der heutigen Versammlung dem Senate zu berichten.

Ebenfalls Schluss der Debatte beantragen die Herren Dr.^{es} Windisch und Sievers.

Herr Dr. Brandenburg erneuert seinen Antrag, eine Kommission vorbereitender Natur einzusetzen und präzidiert die dieser zu stellenden Aufgaben dahin: 1. Erhebungen über die Bedürfnisse der einzelnen Seminare,



14.

2. Beratung über die Verwendung der zur Verfügung stehenden oder in Aussicht genommenen Mittel für Forschungszwecke,

3. Klärung und Uebersicht über die Höhe und die Bedingungen der privaten Stiftungen.

Dieser Antrag wird zur Abstimmung gebracht und gegen 6 Stimmen angenommen.

Nachdem sich hierauf etwa ein Drittel der Anwesenden (Herr Dr. Binding war bereits vor der Abstimmung über die Einsetzung einer Kommission gegangen) entfernt hatte, werden abgesehen von Seiner Magnifizenz die Herren Dr.^{es} Lipsius, Brugmann, Kittel, Köster, Mitteis und Brandenburg als Kommissionsmitglieder gewählt.

Von Seiner Magnifizenz genehmigt und mitunterschrieben

gez.

Ass. S p e r l i n g .

gez. L a m p r e c h t

